

Vielen Dank, liebe Brigitte Zypries,
vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind am Ende der eineinhalb Tage dieses Kongresses angelangt.
Ich denke, zurückblickend kann man feststellen, es war spannend und informativ.

Mir ist es persönlich so gegangen, dass ich eine ganze Reihe neuer Einblicke bekommen habe, es hat viele Denkanstöße gegeben und zugleich Impulse für das praktische Handeln, und das ist keine schlechte Bilanz.

Klar geworden ist, wir stehen erst am Beginn einer weiteren Beschleunigung der rechnergestützten Automatisierung und Roboterisierung, die nach der Automatisierung der menschlichen Muskelkraft nun auf das Automatisieren des menschlichen Denkvermögens zielt. Im Zuge der damit einhergehenden Umwälzung, auch das ist, denke ich, deutlich geworden, in der Ambivalenz die Brigitte Zypries jetzt auch aus der Sicht der Bundesregierung herausgestellt hat, kann nachhaltige Beschäftigung entstehen und Erwerbstätigkeit in mancherlei Hinsicht besser, vor allem selbstbestimmter werden, etwa was die räumliche und zeitliche Gestaltung betrifft. Solche möglichen Fortschritte werden sich jedoch keineswegs im Selbstlauf einstellen.

Sollen die emanzipatorischen und arbeitsplatzschaffenden Chancen des Wandels möglichst vielen zu Gute kommen, so bedarf es der gezielten gestalterischen Initiative einer regulierenden und flankierenden Intervention. Anderenfalls drohen gravierende Jobverluste und ein erdrückendes Kontrollregime bei der Arbeit.

Wir haben derzeit eine Auseinandersetzung mit Amazon.

Als ich das erste Mal bei Amazon in Leipzig war, habe ich eine Abmahnung eines Kollegen in die Hand gedrückt bekommen, die wir gerade mit dem Kollegen zusammen vor dem Arbeitsgericht anfechten, in der der Kollege wegen zweimaliger Inaktivität innerhalb von fünf Minuten abgemahnt wird. Die Kollegen haben ja immer ihre Scanner dabei und sind somit komplett transparent. Solch eine Abmahnung ist mir bis dahin noch nie begegnet und lag jenseits meines Vorstellungsvermögens. Aber das zeigt, was für ein Kontrollregime dort in der Praxis etabliert ist und wie auch versucht wird, dieses Kontrollregime mit massivem Leistungsdruck und Repression umzusetzen.

Wenn also nicht gegengesteuert, nicht gestaltet und nicht regulierend eingegriffen wird, drohen gravierende Jobverluste, das beschriebene erdrückende Kontrollregime bei der Arbeit, die weitere Ausbreitung prekärer Beschäftigung, die Steigerung der Arbeitsintensität. Das alles führt dabei zur Zunahme der physischen und psychischen Belastungen und Erkrankungen. Es ist gut, dass wir uns als große Gewerkschaft mit Arbeitgebern, mit Wirtschaftsverbänden und der Bundesregierung einig darin sind, diese Veränderungsprozesse gestalten und beeinflussen zu wollen.

Das ist, wenn ich an manche Akteure der letzten Wahlperiode denke, nicht ganz selbstverständlich. Dass wir jetzt diese Perspektive einnehmen, und bei dem, was Brigitte Zypries gerade vorgetragen hat, ist das noch einmal sehr deutlich geworden, ist erfreulich und ein Fortschritt. Anlässlich unserer Konferenz gibt es eine gemeinsame Erklärung von Wirtschaftsministerium und ver.di, die hier ausliegt, genau wie die Erklärung des Bundesvorstandes über die Schwerpunkte der weiteren Arbeit. In beiden Erklärungen heißt es: Wir benötigen eine Innovationspolitik, die unter Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer soziale und technologische Innovationen

fördert, die zu guten Dienstleistungen im digitalen Zeitalter führen, und die das Ziel haben, gute Arbeit zu schaffen.

Das sind Akzentsetzungen, die wir teilen und die in die richtige Richtung weisen. Und das ist kein Lippenbekenntnis.

Ich habe in meinem Einführungsbeitrag schon darauf hingewiesen, ich konnte am Anfang der Woche an einer Pressekonferenz mit der Bundesforschungsministerin, mit dem Präsidenten des BDI und des Fraunhofer-Forschungsinstitut ein Forschungsprogramm „Innovation für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“ vorstellen. Das Programm soll laut der Bundesbildungsministerin mit einer Milliarde Euro in den nächsten sieben Jahren ausgestattet werden und soll erstmals von Beginn an die Forschung über Arbeit, Produktion, Dienstleistungen in einem integrierten Blick auf die verschiedenen Bereiche miteinander verzahnen. Wir begrüßen dies ganz ausdrücklich und ebenso, dass Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände an der Entwicklung und der Verfolgung dieses Programms beteiligt worden sind und beteiligt bleiben. Die Bundesforschungsministerin hat darüber hinaus zugesagt, „noch in diesem Jahr zusammen mit den Sozialpartnern auch die Säule der Arbeitsforschung neu zu gestalten und den ersten Schritt dem Thema Digitalisierung der Arbeit in einer Programmlinie zu widmen“. Eine Programmlinie, an deren Entwicklung wir als ver.di beteiligt sind, und ich denke, dies ist auch gut so. Dienstleistungen für die Menschen und gute Dienstleistungssysteme für Wirtschaft und Gesellschaft können auf Dauer nur dann in hoher und gleichbleibender Qualität erbracht werden, wenn sie ebenso von den Kunden und Beschäftigten, von ihrem Arbeitsvermögen, ihrer Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit her entwickelt werden. Dieser Gedanke scheint verstanden worden zu sein und wird nun zur Grundlage eines von uns beeinflussten Forschungsprogramms, das mit mehreren hundert Millionen Euro ausgestattet ist.

Für mich, ich sage das auch im Lichte der Diskussion der letzten eineinhalb Tage, muss dieses Programm ein Teil eines neuen und ambitionierten politischen Projektes zur Gestaltung der digitalen Arbeit werden, um Chancen für gute digitale Arbeit nicht nur, aber auch für gute Dienstleistungsarbeit zu erschließen. Ein solches Programm hat viele Facetten und wir haben in einem Beschluss, den wir im ver.di Bundesvorstand anlässlich dieser Konferenz gefasst haben, dies mit einer Reihe von Akzentsetzungen versehen, die wir jetzt aufnehmen wollen. Es gilt, Beschäftigung zu fördern und beginnt damit, den Ausbau der Datenautobahn zu forcieren und eine Investitionslücke zu schließen, die wir beim Breitbandausbau in Deutschland auf bis zu zehn Milliarden Euro bis 2018 veranschlagen. Um Beschäftigung zu fördern, benötigen wir die gezielte Förderung arbeitsplatzschaffender Innovationen und die Umlenkung von Produktivitäts- und Automatisierungsgewinnen und Renditen in die gesellschaftlichen Bedarfswelder. Das ist alles andere als trivial, denn man muss über die Steuern erst einmal einen Teil dieser Renditen auch abzuschöpfen versuchen und die Einnahmen dann für die Förderung gesellschaftlicher Bedarfswelder einsetzen, von denen es wahrhaftig im Bereich der Bildung, im Bereich des Gesundheitswesens, in dem Bereich der Pflege und in vielen anderen Bereichen sehr viele gibt. Es gibt einen hohen Verschleiß bei der öffentlichen Infrastruktur in diesem Land. Es gilt, Aus- und Weiterbildung anzupassen, neue Berufsbilder zu entwickeln - wir haben es an dem Beispiel eines Datenanalytikers gestern kurz angesprochen. Wir müssen über so etwas wie geförderte Bildungsteilzeit analog zu der früheren Altersteilzeit nachdenken, Arbeitsentlastung mit öffentlichen Mitteln fördern und Weiterbildung unterstützen, wenn man davon überzeugt ist, dass wir lebenslanges Lernen nicht nur als Floskel vor Augen haben dürfen, sondern real mit Leben füllen müssen, wenn wir den Umbrüchen

dieser disruptiven Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten auch Rechnung tragen und ihrer Herr werden wollen. Es ist auch deutlich geworden, dass wir auch darüber nachdenken müssen, wie man einen selbstverantwortlichen Umgang mit den neuen Freiheiten zum Gegenstand von Ausbildung in Schule, Hochschule und Beruf machen kann. Das Risiko und die Herausforderung, mit entgrenzter Arbeit selbstverantwortlich umgehen zu können und sein eigenes Vermögen auch zu kalkulieren und darüber kritisch zu reflektieren, das ist nicht selbstverständlich, das ist nicht trivial. Ich finde, es lohnt darüber nachzudenken, ob dies nicht auch ein Gegenstand von Qualifizierung zur Bewältigung der neuen Herausforderungen in der Arbeitswelt von morgen sein sollte.

Wir wollen daran arbeiten, gesundes Arbeiten zu ermöglichen und Schutzvorschriften festzuhalten. Und nun zum Stichwort „Recht auf Nichterreichbarkeit“, „Recht auf Nichtreaktion“.

Persönlichkeitsrechte und die Privatsphäre müssen geschützt werden. Zutreffend sprechen wir in der gemeinsamen Erklärung vom Bundeswirtschaftsministerium und ver.di von „der Wahrung demokratischer Grundsätze im digitalen Zeitalter“. Das betrachten wir als eine zentrale Aufgabe. Viele Stichworte sind in den letzten eineinhalb Tagen hier genannten worden, wie Paradigmen-Wechsel, Big Data, die Datenanwender für ihr Vorgehen stärker zur Verantwortung ziehen, digitale Crash Tests im Rahmen der Produktplanung, Deklaration zum Schutz freier Bürgerrechte im digitalen Zeitalter, Rechte, die bei technischen und organisatorischen Anforderungen für IT-Infrastrukturen einzuarbeiten sind, Forschung für nutzerfreundliche Verschlüsselungstechnologie, digitaler Selbstschutz, Initiative zur besseren Verfügbarkeit leistungsfähiger und praktikabler Verschlüsselungstechnologien für Betriebsräte und Personalräte. Ich kann nur einige Stichworte aufgreifen.

Wir brauchen eine Stärkung der Rechte von Urhebern, mehr Freiräume für Arbeits- und Lebensqualität, es braucht eine Modernisierung der Mitbestimmung durch Erweiterung der Mitbestimmungsrechte bei Outsourcing. Wir benötigen einen erweiterten Arbeitnehmerbegriff. Wir können nicht nur über die Betriebsverfassung reden, sondern sehen auch Anpassungsbedarfe im Bundespersonalvertretungsgesetz und Bundespersonalvertretungsrecht. Auch das ist von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen ganz oft herausgestellt und unterstrichen worden. Wir müssen neue Arbeitsformen gestalten, z. B. die Schutzlücken von Freelancern schließen, ihre Arbeitsbedingungen rechtlich verankern und die sozialen Sicherungssysteme anpassen. Die Liste lässt sich fortsetzen, aber die Richtung ist klar. Gute Arbeit und gute Lebensbedingungen werden in Zeiten des digitalen Umbruchs ein Schwerpunkt unseres Handelns als Gewerkschaft sein und sein müssen. Wir werden die genannten Orientierungspunkte mit dem Berliner Manifest von ver.di, das sich der Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft widmet, zu einer Erklärung zusammenführen. Wir wollen in den kommenden Monaten diese Erklärung und Positionsbestimmung sowohl innergewerkschaftlich als auch mit Akteuren der Politik, Netzpolitik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutieren, vor allem aber werden wir mit den vom digitalen Wandel unmittelbar betroffenen Erwerbstätigen und den betrieblichen Interessenvertretungen die Positionen weiter zu konkretisieren versuchen. Ganz so wie Jacob Appelbaum es gesagt hat, dass es wichtig ist, sich zu organisieren, in gemeinsamen Gruppen nachzudenken und Suchprozesse zusammen anzugehen. Und die Sozialpartnerdialoge sollen dabei ein Bestandteil sein. Ich habe mich sehr gefreut, dass die Bundesregierung bereit ist und signalisiert, sie begleiten zu wollen, auch mit einer wissenschaftlichen Begleitung. Das ist ein Zeichen dafür, dass wir die Herausforderungen sehr

ähnlich wahrnehmen und gemeinsam der Auffassung sind, dass wir gut beraten sind, die Dinge miteinander anzugehen, statt isoliert nebeneinander und möglicherweise in einem Unverständnis bzw. gegeneinander zu bearbeiten, was wir in dieser Frage überhaupt nicht gebrauchen können. Am Ende dieses Prozesses soll als Zwischenschritt ein programmatisches ver.di-Dokument stehen, in dem inhaltliche Zielsetzungen und Forderungen zur Gestaltung des digitalen Wandels enthalten sein sollen und auch, und das ist entscheidend, weitere konkrete gewerkschaftliche Arbeitsschritte benannt werden. Dieses Dokument sollte dann auf dem nächsten ver.di Bundeskongress im September 2015 zur Diskussion stehen und verabschiedet werden. Dafür hat uns dieser Kongress in zwei Tagen viele Anregungen gegeben und deshalb möchte ich mich zum Abschluss bei unserer Kollegin besonders bedanken, die mit ihrem Engagement, ihrer Expertise und ihrer guten Vernetzung ganz maßgeblich zum Gelingen dieser zwei Tage beigetragen hat – Annette Mühlberg. Sie hat bereits vor elf Jahren ver.di auf dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft vertreten und leitet bei uns das Referat e-government und Neue Medien, und das macht sie sehr gut. Sie gibt uns sehr viele Denkanstöße und Impulse auch für unsere Gewerkschaftsarbeit und ich möchte mich herzlich bei ihr für die geleistete Arbeit bedanken, und ich möchte alle in diesen Dank einschließen, die an der Vorbereitung und Organisation dieser Veranstaltung mitgewirkt haben.

Herzlichen Dank und alles Gute!